



vertraulich

Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
Mitglied des Stadtrates
Dr. Margot Gaitzsch

Landeshauptstadt Dresden
Geschäftsbereich Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Wohnen
GZ: GB 5

Datum: 29. DEZ. 2022

Psychosoziale Arbeit
mAF0140/22

Sehr geehrte Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch,

Ihre oben genannte Anfrage aus der Stadtratssitzung vom 6. Oktober 2022 beantwortete ich wie folgt:

1. **„Wie wollen Sie, Herr Oberbürgermeister, den steigenden Bedarf an psychosozialer Beratung zukünftig decken?**
 - a) **Wie viel Personal ist dafür notwendig?**
 - b) **Wie viel Geld müsste dafür im Haushalt eingestellt werden?**

2. **Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch künftig Vereine, die soziale Arbeit leisten - auch auf der Straße - wie z. B. Safe DD, diese auch weiterhin den Anforderungen entsprechend durchführen können?“**


Krisen sind Brenngläser und fokussieren uns auf unterstützende, soziale Angebote. Diese geben Beratung, Tagesstruktur und letztlich Halt. Dies gilt auch oder besonders für Angebote im Bereich der Gesundheitshilfe aber auch für Betroffene mit psychischer Erkrankung oder Suchterkrankung sowie deren Angehörige. Auch Unsicherheiten aufgrund der geopolitischen Lage und ihren Auswirkungen sind Themen, die in diesen Beratungsangeboten aufgefangen werden – diese kümmern sich um vulnerable Personengruppen.

Um den wachsenden Anforderungen der Pandemie-Bewältigung und den sich nun ergebenden, völlig neuen Herausforderungen begegnen zu können, wird aktuell von einem Bedarf eines Stellenaufwuchses von drei Beratungsfachkräften in freier Trägerschaft ausgegangen. Während eine Fachkraft mehr jeweils im Bereich Psychiatrie und Sucht anzusiedeln ist, müsste eine weitere Fachkraft in speziellen Angeboten insbesondere Kinder mit psychisch erkrankten Eltern oder einer eigenen psychischen Erkrankung als Anlaufstelle dienen. Zusammen mit den Sachkosten würde dieser Stellenaufwuchs bei freien Trägern zu jährlichen Mehrkosten von etwa 310.000 EUR führen. Dieser Betrag ist aktuell im Haushalt 2023/2024 nicht eingestellt.

Mit dem zur Verfügung stehenden Budget können – eine Prognose noch ohne die steigenden Sachkosten und Energiepreise – die Angebote der Gesundheitshilfe, also z. B. Angebote der Schwangerenberatung, AIDS-Beratung und Telefonseelsorge unterstützt werden. Zu Leistungskürzungen führt das aktuelle Budget jedoch in den Bereichen der Psychiatrie- und Suchthilfe, da ein nötiger Mehrbedarf zum Erhalt des Status quo aktuell noch nicht eingeordnet werden konnte. Es wird von einer Leistungseinschränkung über den nächsten Doppelhaushalt hinweg von etwa 1.000 Klientenkontakten pro Woche ausgegangen. Zum Erhalt des Status quo für Psychiatrie- und Suchtberatung – ohne Reserve für steigende Sach- und Energiekosten – müssten im Haushaltsjahr 2023 etwa 40.000 EUR und im Haushaltsjahr 2024 etwa 150.000 EUR nachgesteuert werden. Mittel, die aktuell nicht zur Verfügung gestellt werden konnten, jedoch auch die nötigen Investitionszuschüsse für die Beratungsstellen beinhalten würden.

Zusätzlich zu diesen Bedarfen bedürfte es zur Fortsetzung des suchtspezifischen Erwachsenenstreetworks „Safe.DD“ mit sechs Vollzeitstellen in aufsuchender Arbeit in den verschiedenen Dresdner Stadtteilen eines Haushaltsansatzes von 440.000 EUR in 2023 und 454.000 EUR in 2024. Die bis dato zu einem Großteil aus Mitteln des Freistaates Sachsen gewährte Anschubfinanzierung läuft aus, sodass die vollständigen Kosten durch die Landeshauptstadt Dresden zu tragen wären. Um das Beratungsangebot im bekannten Umfang fortzusetzen, müssten die vorgenannten Mittel zusätzlich in den Haushalt eingestellt werden. Hierbei sind das Streetwork-Projekt „Safe.DD“ und die aktuell von einer Leistungskürzung bedrohten Beratungsangebote gemeinsam zu denken. Denn „Safe.DD“ mit seiner Scharnierfunktion in die Beratungsangebote hinein kann nur funktionieren, wenn es diese Beratungsstellen mindestens im Status quo auch weiterhin gibt. Und der dafür nötige Nachsteuerungsbedarf steht im Ermessen des Stadtrates.

Mit freundlichen Grüßen


Beigeordneter für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Wohnen

Kenntnisnahme:


Dirk Hilbert
Oberbürgermeister